

Neujahrsempfang bei der Fedil

Einheitsstatut bleibt Quelle für Zwiespalt



Gastgeber und Gäste: Jean-Claude Juncker, Robert Denewald, Wolfgang Schüssel, Botschafter Walter Hagg (v.l.n.r.)

Photo: F. Aussems

Brand in JVA-Schrassig Prozess läuft Ende Februar an

Am kommenden 30. Januar jährt sich der Brand im Trakt für Abschiebehäftlinge in der JVA-Schrassig zum ersten Mal (siehe auch Seite 3).

Der dramatische Vorfall in dem überbelegten Block P2 hatte einen Asylbewerber bekanntlich das Leben gekostet. Der 38jährige Algerier Salah Sahahi war bei dem Brand, der offensichtlich vorsätzlich gelegt wurde, nicht erstickt. Die Staatsanwaltschaft hatte unmittelbar eine Untersuchung wegen vorsätzlicher Brandstiftung in einem bewohnten Haus eingeleitet.

Wie uns der beigeordnete Staatsanwalt Jean-Paul Frising gestern auf Anfrage bestätigte, ist die Untersuchung zu diesem dramatischen Vorfall nun abgeschlossen. Sieben Verdächtige müssen sich in vier Sitzungen zwischen dem 26. Februar und dem 1. März vor Gericht verantworten. Die Höchststrafe für vorsätzliche Brandstiftung in einem bewohnten Haus lautet lebenslanglich.

Wie Gefängnisdirektor Vincent Theis uns auf Anfrage mit-

Mit der gleich zu Beginn seiner Ansprache gebrauchten Formulierung, 2006 sei aus konjunktureller Sicht für Luxemburg ein „eher zufrieden stellendes“ Jahr gewesen, zog sich Fedil-Präsident Robert Denewald gestern Abend beim traditionellen Neujahrsempfang der Industriellenvereinigung in den Ausstellungshallen der Luxexpo auf Kirchberg gleich doppelten Protest zu: sowohl der frühere österreichische Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, der als Gastredner hatte verpflichtet werden können, als der mittlerweile zum Inventar dieses Neujahrsempfangs gehörende luxemburgische Premierminister Jean-Claude Juncker fanden Denewalds Äußerung stark untertrieben, weil die meisten EU-Staaten froh wären, ein solches Resultat als ausgezeichnet zu betiteln, bzw. sich nicht einmal ein solches Wachstum auszu malen wägen, wie Juncker betonte.

Der von Januar an sich abzeichnende Zusammenschluss Arcelor Mittal habe gezeigt, dass die Globalisierung der Märkte auch an Luxemburg nicht vorbei ziehe, während sich die Tripartite mit dem beginnenden Frühjahr in schwierigen Verhandlungen mit der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft auseinandersetze. Ohne allzu große Begeisterung habe die Fedil den getroffenen Entscheidungen zugestimmt, weil

für die Unternehmen, unabhängig von ihrer Größe, verursachen dürfe. An dieser grundsätzlichen Voraussetzung lasse die Fedil nicht rütteln, so Denewald.

Aufgrund der Äußerungen von Gewerkschaften und aus Regierungskreisen würden sich jetzt aber viele Mitglieder jetzt ernsthafte Sorgen und scheuten nicht davor zurück, in Gesprächen und Briefen auf die in manchen Fällen

Dies führe zu einer Verzerrung des europäischen Wettbewerbs, zumal das technische Reduktionspotenzial angesichts des hohen Entwicklungsstandes der luxemburgischen Anlagen äußerst gering sei.

Die kritische Haltung gegenüber der an sich sicherlich berechtigten europäischen Klimaschutzpolitik werde damit bestätigt und die Regierung solle bei der Kommission eine Kurskorrektur anmahnen, genau wie

Ist das nicht Erpressung?

Eine echte europäische Industriepolitik sei nicht erkennbar, so Juncker, doch würden echte europäische „Champions“ gebraucht. In der Tripartite seien durchaus nennenswerte Resultate erzielt worden, wozu man unweigerlich den Ansatz zur Sanierung der öffentlichen Finanzen zählen müsse. Dinge, die man für richtig hält, müsse man auch machen, so Juncker, der

...teil ließ, soll der durch den Brand verwüstete Trakt „in nächster Zukunft“ wieder in Gebrauch genommen werden.

RTL Radio Claude Meisch im „Background“

DP-Parteipräsident Claude Meisch ist an diesem Samstag, dem 20. Januar zu Gast in der Sendung „Background“ von RTL-Radio-Chefredakteur Marc Linster. Die Sendung wird zwischen 12 und 13 Uhr ausgestrahlt.

Radio 100,7 „Riicht eraus“ mam Charles Goerens

Et bleiwen der aktueller CSV-LSAP Regierung nach ronn zwee an en halleft Joer bis zu den nächste Chamberwahlen. Invité a „Riicht eraus“ um radio 100,7 ass dëse Samschdeg, 20. Januar vun 12 bis 13 Auer den neien DP-Fraktiouns-President Charel Goerens, mat deem de Bilan iwwert d'Regierungs-Aarbechte gezu gëtt. E weidert Thema sinn d'Prioritéiten vun der DP no hire personellen Erneuerungen. „Riicht eraus“ gëtt presentéiert vum J-Pol Roden.

Entscheidungen zugestimmt, weil sie der Meinung ist, dass die vereinbarten Maßnahmen den tatsächlichen Herausforderungen nicht in



Gute Bekannte: Wolfgang Schüssel und Walter Hagg mit früheren Regierungsmitgliedern Lydie Polfer und Henri Grethen

ausreichendem Maße Rechnung tragen. Dazu nannte Dennewald konkret die Sanierung der öffentlichen Finanzen, die zu hohe Inflationsrate, das Funktionieren des Arbeitsmarktes, die zu hohen Lohnkosten oder die Absicherung der Rentensysteme.

Abmachung gilt

Im Zusammenhang mit dem in letzter Zeit besonders stark diskutierten Thema Einheitsstatut für alle Arbeitnehmer in Luxemburg unterstrich Robert Dennewald, für die Fedil gelte auch heute noch die erteilte Zustimmung, doch müsse man bedauern, dass es offenbar nicht möglich war, den öffentlichen Sektor in dieses Vorhaben ein zu beziehen, weil dies aus gesellschaftspolitischer Sicht absolut notwendig gewesen wäre.

Vereinbart worden sei aber auch, dass die Einführung des Einheitsstatuts keine zusätzlichen Kosten

Briefen auf die in manchen Fällen sogar Existenz gefährdenden Konsequenzen hin zu weisen für den Fall, dass sich nicht an die in der

Tripartite geschlossenen Vereinbarungen gehalten würde. Dementsprechend appellierte Dennewald noch einmal an die Regierung, bei der Einführung des Einheitsstatuts unbedingt auf die vereinbarte Kostenneutralität für die Unternehmen zu achten.

Kyoto macht Sorge

Große Sorge bereite der Fedil auch der nationale Allokationsplan für die luxemburgische Industrie im Rahmen der Kyoto-Verpflichtungen, der zur Bestürzung des Verbandes und der Unternehmen von der EU-Kommission mit einer deutlich niedrigeren Quotenmenge für den CO₂-Ausstoß bedacht worden sei. Da nicht einmal die bestehenden Quoten bewilligt wurden, sei an ein Entwicklungspotenzial überhaupt nicht zu denken, so Dennewald, während Konkurrenzunternehmen in anderen Ländern großzügiger bedacht worden seien.

Kurskorrektur anmahnen, genau wie übrigens auch für die Energiepolitik, wo Versorgungssicherheit, Preis und Umweltschutz gemäß den Regeln des EU-Binnenmarktes ausgewogen sein müssten.

Wichtige Reformen, wie etwa im Bildungswesen, der Kampf gegen die hausgemachte Inflation und die Auswirkungen auf die Lohnentwicklung, neue Akzente in Forschung und Entwicklung, die Neuordnung des Rentenwesens und die Anpassung der Unternehmensbesteuerung sollten endlich ernsthaft aufgegriffen und realisiert werden, so Dennewald.

Europa als „geschlossene Kampftruppe“

In seiner bei dieser Gelegenheit obligaten Replik lobte Premierminister Jean-Claude Juncker zunächst Wolfgang Schüssel als einen treuen Freund unseres Landes, bevor er sich der Kyoto-Thematik zuwandte und befand, dies sei durchjaus ein ernsthaftes Thema und die Regierung werde sich ihrer Verantwortung nicht entziehen. Das Problem brauche eine „deutliche europäische Profilschneidung, doch müsse man sich bewusst sein, dass auch andere Weltregionen, allen voran die USA, aber auch aufstrebende Weltmärkte wie China und Indien, wo das Thema noch anstehe, sich der Herausforderung stellen müssten, zumal sie Anschluss suchten an den europäischen Lebensstandard.

Deshalb sei es auch wichtig, dass nicht Einzelstaaten, sondern Europa als „geschlossene Kampftruppe“ auftritt. Auch wenn man über den Begriff des „Verfassungsvertrages“ nicht unbedingt glücklich sein müsse, so brauche man dieses Instrument doch, um ein geschlossenes Auftreten zu ermöglichen, weil das vereinbarte Konzept einer Freihandelszone nicht ausreiche.

ge, die man für richtig hält, müsse man auch machen, so Juncker, der dabei auf die Einfrierung des Kindergeldes und auf die Indexmodulierung hinwies.

Für die Jahre 2008 und 2009 plane die Regierung Maßnahmen im Interesse der steuerlichen Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, was aber auch von anderen Elementen abhängig sei. Besonders schwierig werde es, so Juncker, „wenn wir mit dem Einheitsstatut nicht vorankommen“. Eine Senkung der Unternehmenssteuer werde aber kaum möglich, wenn nicht auch etwas für die kleineren Einkommen gemacht werde, wie etwa die beachteten Steuergutschriften.



Fedil-Präsident Robert Dennewald

Weil die Fedil in der Vergangenheit stets zu ihrer sozialpolitischen Verantwortung gestanden habe, sei er zuversichtlich, auch diesmal zu gemeinsamen Beschlüssen zu kommen, ohne Hammer und Brecheisen zu benutzen, so Juncker am Ende.